

## Vortrag an den Ministerrat

### **Luftverkehrsabkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Libanesischen Republik; Verhandlungen**

Der Luftverkehr zwischen Österreich und dem Libanon beruht gegenwärtig auf dem Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Libanesischen Republik über den Fluglinienverkehr zwischen ihren Hoheitsgebieten und darüber hinaus, BGBl. Nr. 92/1972. Dieses entspricht nicht mehr den modernen unionsrechtlichen und luftfahrtspezifischen Anforderungen und soll deshalb modernisiert werden.

Zum Abschluss eines modernen, EU-rechtskonformen Abkommens werden daher im Rahmen der Luftverkehrsverhandlungskonferenz der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (ICAN 2023), welche voraussichtlich von 3. bis 7. Dezember 2023 in Riyadh, Saudi-Arabien, stattfinden wird, und in allfälligen weiteren Verhandlungsrunden, Verhandlungen über ein neues Luftverkehrsabkommen in Aussicht genommen.

Insbesondere sollen folgende Punkte verhandelt werden:

- Verkehrsrechte
- Genehmigung und Widerruf
- Wirtschaftliche Bestimmungen (Besteuerung, Preisgestaltung, fairer Wettbewerb, kommerzielle Möglichkeiten)
- Bestimmungen über Zusammenarbeit in diversen Regelungsbereichen (Luftsicherheit und Sicherheit in der Luftfahrt, Umwelt und Soziales).

Für diese Verhandlungen wird folgende österreichische Delegation in Aussicht genommen:

Gesandter Mag. Michael Kainz  
Delegationsleiter

Bundesministerium für europäische und  
internationale Angelegenheiten

Gesandte Dr. Claudia Reinprecht, MBA  
Stv. Delegationsleiterin

Bundesministerium für europäische und  
internationale Angelegenheiten

Ass.iur. Christine Mucina-Bauer  
Stv. Delegationsleiterin

Bundesministerium für Klimaschutz, Um-  
welt, Energie, Mobilität, Innovation und  
Technologie

Dr. Verena Cozac-Brendl

Bundesministerium für Klimaschutz, Um-  
welt, Energie, Mobilität, Innovation und  
Technologie

Der Delegation werden im unbedingt notwendigen Ausmaß weitere Expertinnen und Experten des Bundesministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie und des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten angehören.

Die mit der Verhandlung dieses Abkommens verbundenen Kosten finden ihre Bedeckung in den Budgets der jeweils entsendenden Ressorts. Das künftige Abkommen wird voraussichtlich keine finanziellen Auswirkungen haben; sofern es dennoch zu solchen kommen sollte, werden sie aus den dem zuständigen Ressort zur Verfügung gestellten Mitteln bedeckt.

Das geplante Abkommen wird ein Regierungsübereinkommen iS von lit. a) der EntschlieÙung des Bundespräsidenten vom 31. Dezember 1920, BGBl. Nr. 49/1921, sein; seine gesetzliche Grundlage ist § 3 Abs. 1 Bundesgesetz über den zwischenstaatlichen Luftverkehr 2008, BGBl. I Nr. 96/2008 idgF.

Im Einvernehmen mit der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie stelle ich den

**Antrag,**

die Bundesregierung wolle die Mitglieder der österreichischen Delegation in der oben angeführten Zusammensetzung zu Verhandlungen über ein Luftverkehrsabkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Libanesischen Republik bevollmächtigen.

3. November 2023

Mag. Alexander Schallenberg, LL.M.  
Bundesminister